

„CDU verweigert Dialog“

Grüne reagieren auf Äußerung zu Windkraftplanung

Baden-Baden (BNN). „In stoischer Ignoranz wiederholt die Baden-Badener CDU-Gemeinderatsfraktion falsche Argumente in Bezug auf die Windkraftplanung und verweigert sich damit einem konstruktiven Dialog zu dem Thema“, reagiert Beate Böhlen, Fraktionsvorsitzende der Grünen und Landtagsabgeordnete auf die Stellungnahme der CDU-Fraktion und des CDU-Landtagsabgeordneten Tobias zur Windkraftplanung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein. Mit reißerischen Aussagen suggerierten Wald und der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Schöpflin, dass der Regionalverband und die Befürworter der Windkraft wider jeder Vernunft handelten – dabei sei das Gegenteil der Fall. Statt wie die CDU die Ängste der Menschen zu nutzen, handele der Regionalverband streng nach den rechtlichen Bestimmungen, betont Böhlen.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage des FDP/DVP-Landtagsabgeordneten Andreas Glück widerspreche selbst die Landesregierung in Form des CDU-geführten Wirtschaftsministeriums der Auffassung der CDU-Gemeinderatsfraktion. Es stimme eben nicht, dass die rechtsverbindliche Regionalplanteilfortschreibung „Windenergie“ des Regionalverbands infolge der Änderung des Schallprognoseverfahrens rechts-

widrig geworden ist. Alle Gründe, die die CDU in ihren Anträgen aufführt – von der Gefährdung des Weltkulturerbestatus über zu geringe Abstände zur nächsten Siedlung bis hin zu Artenschutz und weitere mehr – würden in einem umfangreichen Genehmigungsverfahren geprüft. Böhlen hätte eigenen Angaben zufolge einem vereinfachten Verfahren, so wie es die Bundesimmissionschutzordnung vorsehe, bei einer Windkraftplanung auf Baden-Badener Gemarkung generell nicht zugestimmt. Stattdessen hätte sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert, die die Bürgerinnen und Bürger und maßgebliche Verbände miteinbinden würde.

Anlagen über 50 Metern Gesamthöhe würden nach dem Bundes-Immissionschutzgesetz geprüft. Der Ablauf dieses Verfahrens sei dabei bis ins Kleinste Detail geregelt. Dabei sei nachzuweisen, dass eine oder mehrere geplante Windenergieanlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen sowie Boden, Wasser und Kultur- und sonstige Sachgüter haben.

Nachdem Baden-Baden sich ohne Alternative aus der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft verabschiedet habe, habe die Stadt planungsrechtlich nun keinerlei Einfluss mehr, heißt es weiter in Böhlens Mitteilung.